

**Wegweiser
zu den Stätten
von Verfolgung und
sozialdemokratischem Widerstand
in Hamburg**

Teil I: Die innere Stadt



Wegweiser zu den Stätten von Verfolgung und sozialdemokratischem Widerstand in Hamburg

Teil I: Die innere Stadt

Impressum:

Herausgeber:
Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS)
Hamburg 2005

Texte und Recherche: Dr. Holger Martens

Redaktion und Lektorat: Dr. Helga Kutz-Bauer

Gestaltung, Layout, Beratung: grafikern, Hamburg

Druck: Bergmann & Sohn, Hamburg

Copyright: AvS c/o SPD Hamburg

Diese Publikation wurde durch die Behörde für Soziales und
Familie, Freie und Hansestadt Hamburg, gefördert.

Bildnachweis:

Archiv der sozialen Demokratie, Hamburgische Bürgerschaft, Staatsarchiv
der Freien und Hansestadt Hamburg, Museum für Hamburgische
Geschichte, Deutsches Historisches Museum, Zentralverband deutscher
Konsumgenossenschaften, Repros aus 75 Jahre Gewerkschaftshaus
Hamburg, Hrsg. DGB Hamburg, Lübeck o.D. [1982], Dehncke, Privatbesitz:
Grot, Keilhack, Kern, Matthies, Nevermann, Ropers, Saalfeld, Schneider,
Stobbe.

Trotz größter Sorgfalt konnten die Urheber des Bildmaterials nicht in allen
Fällen ermittelt werden. Es wird gegebenenfalls um Mitteilung gebeten.

Dieser kleine Wegweiser

soll zeigen, wo die Stätten waren, an denen sich die Sozialdemokraten in der deutschen „Hauptstadt des Sozialismus“ trafen, als sie in der Weimarer Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus Widerstand gegen Rechts organisierten und Verfolgung erlitten.

Es gibt viele derartige Stätten in Hamburg, deshalb war zunächst eine Beschränkung auf die Innenstadt notwendig; weitere Regionen sollen folgen. Soweit gemeinsame Aktionen mit anderen Gruppen – wie beispielsweise bei dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – stattfanden, sind sie mit einbezogen worden.

Dieser Führer wurde im Rahmen ihrer Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit von der Arbeitsgemeinschaft der ehemals verfolgten Sozialdemokraten (AvS) erstellt. Diese Arbeitsgemeinschaft bietet dazu auch Stadtrundgänge. Bei Interesse wenden Sie sich bitte an folgende E-Mail-Adresse: sylvia.mittelstaedt@spd.de

Wir danken allen, die uns mit Hinweisen und Fotos geholfen haben, nicht zuletzt auch unserem engagierten Grafiker, denn ohne sie wäre die Erstellung einer solchen Schrift ehrenamtlich nicht möglich gewesen.

Dr. Helga Kutz-Bauer | Dr. Holger Martens

Vorsitzende der AvS

Die Symbole am Anfang der einzelnen Beiträge geben einen Hinweis darauf, ob die Gebäude, Einrichtungen oder andere Zeugnisse noch zu finden sind:



noch vorhanden



nur teilweise noch vorhanden

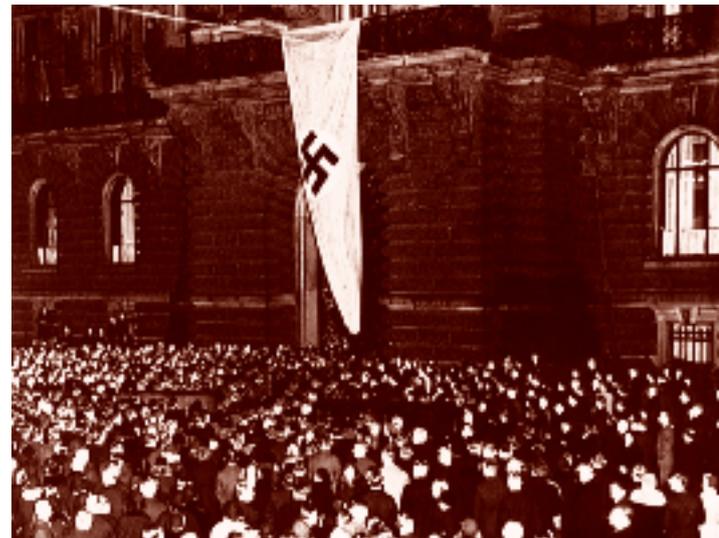


nicht mehr vorhanden



Rathaus

Als am **30. Januar 1933** Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde, regierte im **Hamburger Rathaus** noch ein demokratischer Senat. Obwohl die Koalition aus SPD, Deutscher Staatspartei (DStP) und Deutscher Volkspartei (DVP) seit der Bürgerschaftswahl vom September 1931 keine Mehrheit mehr in der Bürgerschaft hatte, blieb der „ewige Senat“ im Amt, weil kein anderes mehrheitsfähiges Bündnis zustande kam. Allerdings nutzten die Nationalsozialisten ihre auf der Reichsebene gewonnene Macht, um den Handlungsspielraum der Hamburger Regierung einzuschränken. So wurde vom Senat das Verbot des SPD-Parteiorgans „Hamburger Echo“ verlangt, das kritisch die offiziellen Verlautbarungen zum Reichstagsbrand hinterfragt hatte. Den SPD-Senatoren war klar, dass mit dem Verbot der eigenen Zeitung nicht nur die Pressefreiheit weiter eingeschränkt, sondern ihnen auch die letzte Möglichkeit



Vor dem Rathaus nach der Machtübernahme, 5. März 1933

genommen werden würde, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Da sie die Entscheidung nicht mittragen wollten, traten die SPD-Senatoren am **3. März 1933** zurück. Der liberale Bürgermeister *Carl Petersen* legte sein Amt am darauf folgenden Tag nieder.

Noch am Abend der Reichstagswahl, am **5. März 1933**, setzte die Reichsregierung die Ernennung des NS-Standartenführers Alfred Richter zum Polizeisenator durch. Vom Balkon des Rathauses wehte zum ersten Mal die Hakenkreuzfahne. Mit Unterstützung von bürgerlichen Parteien wurde am **8. März 1933** in Hamburg ein neuer von den Nationalsozialisten geführter Senat gewählt. Die Machtübernahme war vollzogen. Das Gesetz zur Gleichschaltung der Länder, das die Zusammensetzung der Landesparlamente nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vorsah, sicherte der NSDAP die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft. Auf der konstituierenden Sitzung am **10. Mai 1933** ließ der NS-Bürgerschaftspräsident verkünden: „*Eine Verantwortung des Senats gegenüber der Bürgerschaft besteht nicht mehr.*“ Das demokratische Prinzip der Gewaltenteilung wurde abgeschafft. Die Bürgerschaft war ihrer kontrollierenden und gesetzgebenden Funktion beraubt und damit überflüssig geworden.

Nach dem Verbot der SPD am **22. Juni 1933** gab es keine sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion mehr. Die Bürgerschaft trat ohnehin nur noch einmal am **28. Juni 1933** zusammen und wurde im Herbst 1933 durch die Berufung eines Staatsrats ersetzt. Im Rathaus regierte fortan NS-Gauleiter Karl Kaufmann, der von Hitler zum Reichsstatthalter ernannt wurde. Ihm ordnete sich NS-Bürgermeister Carl Vincent Krogmann unter.

Eine Tafel im Aufgang zum Sitzungssaal der Bürgerschaft erinnert heute an 25 Abgeordnete, die Opfer des nationalsozialistischen Terrors wurden und die NS-Zeit nicht überlebt haben bzw. an den unmittelbaren Folgen gestorben sind. Erinnert wird dabei auch an fünf kommunistische Abgeordnete, die aus Deutschland fliehen konnten, aber in der Sowjetunion den Säuberungen Stalins zum Opfer gefallen sind. Die Bronzetafel trägt deshalb den Text: „Zum ehrenden Gedenken an die Mitglieder der Bürgerschaft, die nach 1933 Opfer totalitärer Verfolgung wurden.“



Diese Gedenktafel wurde 1981 im Rathaus angebracht

Vgl. Die unter dieser Tafel stets ausliegende Schrift: Frank Müller: Mitglieder der Bürgerschaft. Opfer totalitärer Verfolgung, Hrsg.: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 2. Aufl. Hamburg 1995

Unter den Opfern befinden sich fünf Bürgerschaftsabgeordnete, die der SPD angehörten:

Kurt Adams, 15.12.1889-7.10.1944, Mitglied der Bürgerschaft von 1924 bis 1933. Der promovierte Studienrat war einer der herausragendsten Reformpädagogen der Weimarer Republik und Vorkämpfer nicht nur einer Erneuerung der Schulen und der Pädagogik von Grund auf, sondern gleicher Bildungschancen für alle. Als Leiter der Hamburger Volkshochschule seit 1929 setzte er sich für die Herausbildung von Toleranz und Verantwortungsbewusstsein für die Allgemeinheit ein. Von den Nationalsozialisten wurde er im Juni 1933 aus politischen Gründen entlassen. Seine Widerstandsaktivitäten blieben unentdeckt, doch wurde er als früherer SPD-Funktionär nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 im Rahmen der Aktion „Gewitter“ verhaftet. Als schwerkranker Mann kam er in das Konzentrationslager Buchenwald, wo er am 7. Oktober 1944 an den unmenschlichen Haftbedingungen starb.

Adolf Biedermann, 30.3.1881–11.5.1933, Mitglied der Bürgerschaft 1921 bis 1927. Adolf Biedermann, der in einem Waisenhaus aufgewachsen war, erlernte nach der Volksschule das Schlosserhandwerk. Er trat in die Gewerkschaft ein und wurde 1907 SPD-Mitglied. Später leitete er als Vorsitzender den SPD-Distrikt Barmbek. 1924 gehörte er dem Gauvorstand des Reichsbanners an.

1926 kam Biedermann als Nachrücker in den Reichstag und gehörte ihm bis 1933 an. Er nahm am **24. März 1933** an der Abstimmung über das „Ermächtigungsgesetz“ der Nationalsozialisten teil und stimmte wie alle der 94 anwesenden SPD-Abgeordneten mit „Nein“.

Auf der Rückfahrt von Bonn nach Hamburg kam Biedermann in der Nacht vom 10. auf den 11. Mai 1933 durch ungeklärte Umstände zu Tode. In einer Zeit, in der politischer Mord auf der Tagesordnung stand, kann ein Anschlag nicht ausgeschlossen werden. Sogar die den Sozialdemokraten ansonsten nicht wohlgesonnenen Kommunisten gingen von einem Mord an dem zum rechten SPD-Flügel zählenden Biedermann aus. Eine Obduktion der Leiche wurde nicht durchgeführt. In einem Prozess gegen die Reichsbahn plädierte die Ehefrau aus versicherungstechnischen Gründen auf einen Unglücksfall.

Mehrere tausend Hamburger gaben Adolf Biedermann das letzte Geleit. Es war zugleich eine stille Demonstration gegen das NS-Regime. Ein Jahr später fanden sich trotz Versammlungsverbot Hunderte, wenn nicht Tausende, am Grab ein. Den Grabstein, der neben dem Namen die Inschrift trug: „ein Kämpfer für Freiheit und Sozialismus“ ließen die Nationalsozialisten noch 1933 entfernen. Fotografien des Grabes wurden für die illegale Beitragskassierung der SPD verwendet und dienten als Quittung. Sie waren später Gegenstand von Gerichtsverhandlungen über die Finanzierung der illegalen Parteiarbeit.

Theodor Haubach, 15.9.1896–23.1.1945, Mitglied der Bürgerschaft 1927 bis 1929. Der aus Darmstadt stammende Theodor Haubach nahm nach seiner Promotion bei Karl Jaspers in Heidelberg 1923 eine Stelle am Auswärtigen Institut in Hamburg an. Im Jahr zuvor war er der SPD beigetreten. 1924 wechselte er als Redakteur zum Hamburger Echo. Ab 1924 war Haubach maßgeblich am Aufbau des Reichsbanners beteiligt. Er gehörte dem Gauvorstand Nordwest an und wurde später stellvertretender Vorsitzender der Reichsleitung. 1929 folgte er einer Berufung des neuen Reichsinnenministers Carl Severing als Pressereferent. Mit dem Staatsstreich gegen die preußische Regierung am 20. Juli 1932 verlor er, jetzt Pressechef des Berliner Polizeipräsidenten, sein Amt.

Haubach wurde im Herbst 1933 für mehrere Monate inhaftiert. Seiner erneuten Festnahme im November 1934 folgten zweieinhalb Jahre im Konzentrationslager Börgermoor, ohne dass je ein Gerichtsverfahren

gegen ihn eröffnet wurde. Theodor Haubach gehörte zu den führenden Männern der sozialdemokratischen Widerstandsgruppe um *Julius Leber* und *Wilhelm Leuschner*. Im Kreisauer Kreis vertrat er die Arbeiterbewegung. Nach dem Attentat auf Hitler wurde Theodor Haubach am 9. August 1944 verhaftet. Der in den Regierungsplänen als Informationsminister vorgesehene Haubach wurde am 23. Januar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Wilhelm Heidsiek, 4.1.1888–7.11.1944, Mitglied der Bürgerschaft 1933. Der gelernte Schrift- und Maschinensetzer gab in Cuxhaven – das damals noch zu Hamburg gehörte – das Cuxhavener Volksblatt heraus. Wilhelm Heidsiek war seit 1929 Vorsitzender des Cuxhavener SPD-Stadtverbandes, Vorsitzender der SPD-Rathausfraktion und Leiter des Reichsbanners. Er war einer der 35 SPD-Abgeordneten, die der nach den Reichstagswahlresultaten vom 5. März 1933 neu zusammengesetzten Bürgerschaft angehörten.

Nach dem Verbot der sozialdemokratischen Presse durch die Nationalsozialisten schlug sich Wilhelm Heidsiek mit Steuerberatung und Vertrieb von Waschmitteln durch und nutzte die Reisetätigkeit zum Vertrieb von illegalen Flugblättern und Schriften. Er gehörte zu den früheren SPD-Funktionären, die nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 im Rahmen der „Aktion Gewitter“ verhaftet wurden. Im KZ Neuengamme kam Wilhelm Heidsiek am 7. November 1944 unter ungeklärten Umständen ums Leben.

Otto Schumann, 5.11.1888 – 3.5.1945, Mitglied der Bürgerschaft 1931 bis 1933. Nach der Volksschule erlernte Otto Schumann das Formerhandwerk. 1926 wechselte er als Arbeitsvermittler an das Arbeitsamt Nord. Er gehörte der Gewerkschaft an und war seit 1907 SPD-Mitglied, zuletzt leitete er den Distrikt Neustadt.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde Otto Schumann entlassen. Er beteiligte sich an der illegalen SPD-Organisation um *Walter Schmiedemann* und wurde 1935 zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis verurteilt. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 gehörte er zu den früheren SPD-Funktio-

nären, welche die Gestapo im Rahmen der „Aktion Gewitter“ verhaftete. Er wurde in das KZ Neuengamme gebracht. Ende April 1945 gehörte er zu den 10.000 Gefangenen, die sich auf den Todesmarsch zur Lübecker Bucht begeben mussten. Nach der Bombardierung fand Otto Schumann wie Tausende andere beim Untergang der manövrierunfähigen „Cap Arcona“ den Tod.

Zur Erinnerung an den sozialdemokratischen Senator **Max Mendel** (1872–1942), der aufgrund seiner jüdischen Herkunft am 19. Juli 1942 deportiert wurde und am 10. August 1942 im KZ Theresienstadt verstarb, wurde am 29. März 2005 auf dem Rathausmarkt ein „Stolperstein“ verlegt.



Der tausendste „Stolperstein“ in Hamburg wurde zum Gedenken an Max Mendel vor dem Rathaus gesetzt.



Vegetarische Gaststätte des ISK an der Börsebrücke 4

Als Reaktion auf den Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD von 1925, der eine Mitgliedschaft in der SPD und dem Internationalen Jugendbund (IJB) untersagte, gründete der Philosoph **Leonard Nelson** (1882–1927) im darauf folgenden Jahr den *Internationalen Sozialistischen Kampfbund* (ISK). Nelson, der ein Sozialismuskonzept entwickelte, das sich am gleichen Recht aller Menschen orientierte, stellte besondere Anforderungen an die persönliche Lebensführung der Mitglieder: vegetarische Lebensweise, Kirchenaustritt sowie Alkohol- und Nikotinabstinenz. Von den Führungskräften wurde ein zölibatäres Leben gefordert.

Der ISK hatte kaum mehr als etwa 300 Mitglieder. In Hamburg existierte ein eigener Ortsverein. Nach der Machtübernahme der Nazis wurde eine offizielle Auflösung beschlossen, um die illegale Weiterführung der Arbeit zu erleichtern. **Willi Eichler**, Nelsons Nachfolger, musste Ende 1933 Deutschland verlassen. Er leitete die Auslandszentrale zunächst in Paris, später in London.

Trotz seiner verhältnismäßig kleinen Mitgliederzahl entwickelte der ISK eine außerordentlich intensive Widerstandsarbeit. Ab Oktober 1933 erschienen die „Politischen Briefe“, die nach Eichlers Decknamen auch „Reinhart-Briefe“ genannt wurden. Es gelang dem ISK, eine reichsweit operierende Widerstandsorganisation mit Verbindung zum Ausland auszubauen, die eigene Schulungslehrgänge abhielt. Zur Tarnung und zur Finanzierung der illegalen Arbeit bauten die ISK-Mitglieder ein Netz von vegetarischen Gaststätten auf, in Köln wurden zwei Restaurants eingerichtet, in Hamburg, Frankfurt am Main und Berlin jeweils eins. In Hannover betrieb der ISK ein Brotgeschäft. Außerdem gab es Gaststätten in Amsterdam, Paris und London. Die Gaststätten boten arbeitslosen Mitgliedern Arbeit, dienten als Einnahmequelle zur Finanzierung der Widerstands-

arbeit, boten eine unauffällige Anlaufstelle und konnten als konspirative Treffpunkte genutzt werden.

Hans Kakies und *Erna Mross*, Mitglieder der illegalen ISK-Reichsleitung, kamen 1934 nach Hamburg und eröffneten im September in der Hamburger Innenstadt an der **Börsenbrücke 4** eine vegetarische Gaststätte (Vega). Mit täglich etwa 120 Mittagsgästen fand das Restaurant regen Zuspruch. Zu den fünf bis sechs ISK-Leuten, die dort arbeiteten, gehörten *Emmi Volkmann* (später *Kalbitzer*) und *Karl Schneider*. Beide stammten nicht aus Hamburg und waren schon in der Gründungsphase an die Elbe gekommen. Emmi Volkmann hatte in der vegetarischen Gaststätte in Paris gearbeitet und Karl Schneider war seit Herbst 1933 zunächst als Praktikant, dann als Koch in der Vega-Köln tätig gewesen.



Erna Mross und Hans Kakies mit Sohn im amerikanischen Exil

Die Mitarbeiter wohnten in der Repsoldstraße 49 und führten ein bescheidenes Leben. Wohnraum und Verpflegung wurden ihnen gestellt. Darüber hinaus gab es nur ein kleines Taschengeld. Der Rest des offiziellen Lohnes floss in die illegale Arbeit.

Nachdem die Gestapo 1936 in anderen Zusammenhängen zwei der insgesamt etwa 25 Hamburger ISK-Mitglieder verhaftet hatte, setzten sich Hans Kakies und Erna Mross ins Ausland ab. Karl Schneider und Anna Kothe übernahmen die Geschäftsführung der Vega und leiteten die illegale Arbeit. Es folgten weitere Verhaftungen und es gelang der Gestapo, das Netzwerk des ISK aufzudecken. Emmi Volkmann und Karl Schneider wurden 1938 verhaftet. Die Organisationsstruktur des ISK wurde zerschlagen.

Die Exilgruppe des ISK in London schloss sich 1941 der Union deutscher Sozialisten an. Nach dem Kriegsende löste sich der ISK auf. Die meisten Mitglieder traten der SPD bei.



Kaffeeversandgeschäft von Dr. Kurt Adams, Holzbrücke 2

Kurt Adams wurde am 15. Dezember 1889 als Sohn eines Kaufmanns in Hamburg geboren. Nach der Reifeprüfung studierte er Deutsch, Französisch und Geschichte. 1912 promovierte er zum Dr. phil.. Im darauf folgenden Jahr trat er in den Hamburger Schuldienst ein. Er engagierte sich als Reformpädagoge und avancierte innerhalb der Hamburger SPD zu einem der führenden Schulexperten. Adams, der bereits während des Studiums in die SPD eingetreten war, gehörte von 1924 bis 1933 der Hamburgischen Bürgerschaft an.



Kurt Adams

Kurt Adams leitete in Hamburg die Kinderfreundebewegung und gehörte zeitweilig der Reichsleitung der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde an. Mehrere Jahre stand er in Hamburg der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer vor. Im **Oktober 1929** übernahm Adams als Nachfolger von *Rudolf Roß* die Leitung der Hamburger Volkshochschule.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten drohte Adams auf der Grundlage des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ die Entlassung. Obwohl er dem Rat der Parteiführung folgte und seinen Parteiaustritt erklärte, wurde er am **23. Juni 1933** entlassen. Dem Verlangen des NS-Gauleiters Kaufmann, für eine Wiedereinstellung seine politische Überzeugung öffentlich zu widerrufen, beugte er sich nicht. Wie vielen anderen Sozialdemokraten wurde vermutlich auch Adams durch das Arbeitsamt die Aufnahme einer seiner Qualifikation entsprechenden Tätigkeit verwehrt. Um sein geringes Ruhegehalt aufzubessern, betätigte er sich als Annoncenwerber für eine Kinozeitung. Später eröffnete er ein Kaffeeversandgeschäft an der **Holzbrücke 2** beim Nicolai-Fleet. Zu seinen Kunden zählten politisch Gleichgesinnte, mit denen er so unauffällig in Kontakt treten konnte. Das kleine Kaffeekontor

wurde bald zur Kontaktstelle von Mitgliedern des sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstands. Von hier wurden illegale Schriften verbreitet, die Adams zum Teil auf seinen Auslieferungsfahrten mit dem Fahrrad selbst verteilte. Er gab Informationen weiter und half anderen, wie etwa dem früheren kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten Hermann Hoefler. Auch der Lehrer und Kommunist Rudolf Klug konnte sich in dem Kaffeegeschäft von Adams nach seiner Haftentlassung 1934 einen bescheidenen Unterhalt verdienen.

Als nach dem Hitler-Attentat zahlreiche frühere Funktionäre der SPD verhaftet wurden, stand auch Adams auf der Fahndungsliste. Am **24. August 1944** wurde er in Greiz verhaftet, wo er sich nach einer Blasensteinooperation zur Erholung aufhielt, und nach Gera gebracht. Vier Tage später wurde er in das zu diesem Zeitpunkt mit 84.000 Häftlingen völlig überfüllte KZ Buchenwald überführt. Bei seiner Einlieferung wurde er von anderen Häftlingen erkannt, die sich sofort um ihn bemühten. Mithäftlinge berichteten, Kurt Adams habe „die Strapazen der Arbeit und Unterernährung bei Kälte und dürftigster Bekleidung nicht überwinden können“. Unter den unmenschlichen Haftbedingungen erkrankte er an einer Lungenentzündung. Am **15. September 1944** gelang es der illegalen Lagerorganisation, den fiebernden Adams in das Lagerkrankenhaus einzuliefern. Nach einer medikamentösen Behandlung konnte er das Krankenbett acht Tagen später wieder verlassen. Insgesamt erreichten die Familie noch drei Briefe aus der Haft. In dem letzten Schreiben vom 26. September 1944 berichtete er von seiner Genesung. Am 5. Oktober 1944 wurde Kurt Adams im bewusstlosen Zustand erneut eingeliefert. Der Geschwächte überstand die unmenschlichen Bedingungen im KZ nicht. Adams erlangte das Bewusstsein nicht wieder und starb am **7. Oktober 1944** an den Folgen einer Hirnhautentzündung.

In Hamburg-Lohbrügge wurde 1967 der Kurt-Adams-Platz nach dem Sozialdemokraten benannt. In der DDR wurde eine Briefmarke mit seinem Kopfbild herausgegeben.

Dr. Kurt Adams, 15.12.1889 – 7.10.1944

Pädagoge, Leiter der Hamburger Volkshochschule, Bürgerschaftsabgeordneter.



Treffpunkt der illegalen SPD-Führung, Ellerntorsbrücke 16

In der Wohnung von **Inga Dengler, Ellerntorsbrücke 16**, IV. Stock, – nahe der Gestapo-Zentrale im Stadthaus – traf sich regelmäßig die Führungsgruppe der illegalen Hamburger SPD, die **Walter Schmedemann** nach dem Parteiverbot gebildet hatte.

Im Spätsommer 1933 war die Organisation soweit aufgebaut, dass zu allen ehemaligen Distrikten Verbindung bestand. Größere Gruppierungen delegierten einen Vertreter in die illegale Leitung, so vertrat **Helmuth Weidt** die Genossen aus Rothenburgsort. Auch nach Altona gab es Kontakte. Allwöchentlich kam eine sechsköpfige Leitungsgruppe, welcher **Walter** und **Willi Schmedemann**, **Dr. Georg Diederichs**, **Paul Kändler**, **Helmuth Weidt** und **Emil Aubagen** angehörten, in der Wohnung von Inga Dengler zusammen.



Walter Schmedemann

Die illegale Parteiorganisation brachte mit den „Roten Blättern“ jede Woche eine eigene Zeitung heraus, die in einer Auflage von bis zu 5.000 Exemplaren hergestellt wurde. Außerdem wurde Material aus dem Ausland herangeschafft und verteilt. Die Verbindungen reichten zum SPD-Auslandssekretariat in Kopenhagen und zum Exilvorstand in Prag. Unter Schmedemanns Leitung wurde die illegale Arbeit auf den norddeutschen Raum ausgedehnt. Die Verbindungen erstreckten sich bis nach Hannover, Braunschweig, Hildesheim, Bremen, Berlin und Schleswig-Holstein. Schmedemann selbst fuhr wiederholt nach Dänemark. Auch wurden gefährdete Genossen in das Nachbarland geschleust. Erste Station auf der Flucht war zumeist die kleine Bauernstelle von Schmedemanns Eltern in Tangstedt. Nach einigen Ta-

gen ging es mit der Bahn nach Flensburg, wo Ortskundige die Flüchtlinge über die Grenze brachten.

Auch **Wilhelm Ropers** gehörte zum engeren Führungskreis. Ihm oblag der Aufbau eines Nachrichtendienstes. Nachdem es der illegalen Parteiführung gelungen war mit den früheren Distrikten Kontakt aufzunehmen, bestand Ropers Aufgabe darin, Informationen zu sammeln, die den wahren Charakter des NS-Regimes enttarnen sollten. Wilhelm Ropers stellte Berichte zusammen, die als Grundlage für die selbst hergestellten illegalen Schriften dienten. Auch gelangten seine Berichte über Kuriere zum Exil-Parteivorstand in Prag, der die Informationen wiederum für die zurück ins Reich geschmuggelten „Deutschland-Berichte“ verwendete.



Wilhelm Ropers

Zu den spektakulärsten Aktionen gehörte die Versendung eines von Schmedemann verfassten Berichts über die Zustände im KZ Fuhlsbüttel und insbesondere über die Misshandlung und den Tod des sozialdemokratischen Redakteurs **Fritz Solmitz**. Das vierseitige Papier wurde etwa 100 Rechtsanwälten, Pastoren und sogar Polizeistationen direkt zugestellt.

Ende 1934 kam die Gestapo der Widerstandsorganisation auf die Spur. Schmedemann wurde am **6. November 1934** verhaftet. Insgesamt nahm die Gestapo in Hamburg und Altona etwa 100 Personen fest. Als Kern der illegalen Organisation ermittelten die Behörden neun Sozialdemokraten, von denen vier ins Ausland geflüchtet waren. Verurteilt wurde der so genannte „Dengler-Kreis“ am **18. Juni 1935** vom Hanseatischen Oberlandesgericht wegen Vorbereitung zum Hochverrat mit den als Haupttättern angesehenen **Walter Schmedemann, Otto Schumann, Dr. Georg Diederichs, Wilhelm Ropers** und **Helmut Weidt** sowie als Mittäterin **Klara Hippe**. Die 57-jährige Inga Dengler, die ausgesagt hatte, ihr sei gesagt worden, bei den Besprechungen handele es sich um die Unterstützung verlassener Frauen und Kinder, wurde frei gesprochen. Schmedemann erhielt mit zwei Jahren und sechs Monaten Zucht-



Karikatur in den Roten Blättern anlässlich der Volksabstimmung über die Zusammenlegung des Reichspräsidentenamts mit dem des Reichskanzlers am 19. August 1934

haus die höchste Strafe. Dabei gelang es den Ermittlungsbehörden nicht, den gesamten Umfang der illegalen Arbeit aufzudecken. Der KZ-Bericht war nicht Gegenstand des Verfahrens und die Herstellung der „Roten Blätter“ wurde auf den inzwischen geflüchteten **Emil Auhaugen** abgeschoben. Auch hatten sich Schmedemanns Vorsichtsmaßnahmen bewährt. Es war verabredet, bei der Verhaftung führender Genossen diese durch die verstärkte Herausgabe von schriftlichem Material zu

entlasten. Tatsächlich scheint die Urheberschaft dann bei anderen vermutet worden zu sein.

Nach der Verbüßung seiner Strafe wurde Schmedemann nicht entlassen, sondern wie zuvor Helmut Weidt und Wilhelm Ropers am **11. September 1937** in das KZ Sachsenhausen überführt und hier weitere 13 Monate bis zum **15. Oktober 1938** gefangen gehalten. Als letzter wurde Weidt am **21. Dezember 1938** aus dem KZ entlassen.



Das Haupttor vom KZ Sachsenhausen 1941

Nach der Verhaftung der Parteiführung um Walter Schmedemann führte **Wilhelm Häußler** die illegale Organisation noch anderthalb Jahre weiter, bis auch er am 13. Juni 1936 verhaftet wurde. Mit der neuerlichen Verhaftungswelle wurde die Organisationsstruktur weitgehend zerstört.

Schmedemann wurde mehrfach verurteilt, gab jedoch die Widerstandsaktivitäten nicht auf. Als Ende März 1945 eine größere Gruppe von etwa dreißig bis vierzig Sozialdemokraten zusammenkam, war auch Schmedemann dabei.



Stadthaus, Ecke Stadthausbrücke/ Neuer Wall

Schon vor 1933 befand sich im Stadthaus die Polizeibehörde. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde das Stadthaus zum Zentrum des staatlichen Terrors. Bereits am Tag nach der Ernennung des Nationalsozialisten Alfred Richter zum Polizeisenator wurde am **6. März 1933** die Staatspolizei, die politische Polizei in Hamburg, „gleichgeschaltet“, das heißt, sie erhielt die Kompetenz, Gegner des Regimes ohne richterliche Anordnung in „Schutz“haft zu nehmen, denn mit der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 waren wesentliche Bürger- und Menschenrechte aufgehoben worden. Die Umbenennung der Staatspolizei Hamburg in „Geheime Staatspolizei“ (Gestapo) erfolgte offiziell erst im Dezember 1935. Gemeinhin wird die politische Polizei der NS-Zeit jedoch als Gestapo bezeichnet.



Das Stadthaus: Straßenecke Stadthausbrücke/Neuer Wall um die Jahrhundertwende

Die Staatspolizei wurde im November 1933 dem Reichsführer der SS und Kommandeur der Politischen Polizei der Länder, Heinrich Himmler, unterstellt. Die Leitung der Staatspolizei in Hamburg (Gestapo) übernahm der SS-Sturmbannführer Bruno Streckenbach.

Von den 56 Beamten der politischen Polizei blieben die meisten im Amt. Kriminalsekretär Peter Kraus stellte sich ganz in den Dienst der Nationalsozialisten. Er übernahm das Fahndungskomman-

do und leitete die Verfolgung der Kommunisten. Zur Verstärkung des Fahndungskommandos der politischen Polizei wurde am 24. März 1933 das „Kommando zur besonderen Verwendung“ (KzbV) unter Führung des Oberleutnants Franz Kosa eingerichtet. Kraus und Kosa organisierten in den ersten Wochen der NS-Herrschaft die Inhaftierung von mehreren Tausend Regimegegnern vor allem aus den Reihen der KPD und der SPD.

Misshandlungen und Folterungen bei den Vernehmungen waren an der Tagesordnung. Im Stadthaus fanden Menschen den Tod, weil sie den ihnen zugefügten Verletzungen erlagen oder sich aus Verzweiflung aus dem Fenster stürzten.

Heute erinnert eine Gedenktafel im Eingangsbereich Stadthausbrücke 8 an Misshandlungen und Folterungen in der Gestapozentrale.



Anwaltskanzlei von Clara Genter und Wilhelm Drexelius, Neuer Wall 54

Clara Genter wurde am 30. Dezember 1906 als Tochter des Kaufmannes Hermann Genter und seiner Ehefrau Bertha geboren. Der Vater kam im Ersten Weltkrieg ums Leben, die Mutter arbeitete als Lehrerin in Hamburger Strafanstalten. Clara erhielt zunächst zwei Jahre Privatunterricht und besuchte dann von 1915 bis 1926 die Klosterschule St. Johannis, ab 1920 das dortige Realgymnasium. Nach dem bestandenen Abitur studierte sie bis 1929 Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Hamburg und wurde Mitglied des Sozialistischen Studentenbundes. Hier lernte sie ihren späteren Ehemann *Erich Klabunde* kennen. Auch *Wilhelm Drexelius*, mit dem sie bald beruflich zusammenarbeitete, und *Paul Nevermann* gehörten dem Studentenbund an.

Clara Genter legte am 6. November 1929 die erste juristische Staatsprüfung ab und wurde am darauf folgenden Tag zur Referendarin der Hamburger Justizverwaltung ernannt. Am 25. März 1933 bestand sie die



Clara Klabunde,
geb. Genter

Große juristische Staatsprüfung mit dem Prädikat gut. Vermutlich unter dem Eindruck der politischen Umwälzung beantragte sie drei Tage später die Zulassung als Anwältin und schied somit am 13. Mai 1933 aus dem Staatsdienst aus.

Zusammen mit *Dr. Wilhelm Drexelius* eröffnete Clara Genter am **Neuen Wall 54** eine Anwaltskanzlei. Beide verteidigten politisch Verfolgte vor den NS-Gerichten. Clara Genter gehörte damit zu

den ganz wenigen Frauen – vermutlich war sie in Hamburg die einzige – die sich auf diesem Gebiet engagierten. Durch die Reichsrechtsanwaltsordnung von 1935 wurden die Arbeitsmöglichkeiten von Frauen im Anwaltsberuf eingeschränkt. Vorübergehend war Clara Klabunde, die Ende 1933 den von den Nationalsozialisten mit einem Berufsverbot belegten Journalisten Erich Klabunde geheiratet hatte, in Berlin tätig. Sie folgte damit vermutlich ihrem Mann, der dort zeitweise Beschäftigung gefunden hatte.

Während Erich Klabunde nach 1945 als Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion und später als Bundestagsabgeordneter in der Politik hervortrat, war Clara Klabunde wieder als Anwältin tätig und unterhielt erneut eine Bürogemeinschaft mit Drexelius.

Clara Klabundes berufliche Karriere nahm erst nach dem Tod ihres Mannes, der 1950 plötzlich verstarb, einen steilen Aufstieg. Am 1. Dezember 1952 wurde sie zur Landesarbeitsgerichtsdirektorin ernannt. Sie übernahm die dritte, neu eingerichtete Kammer und war die erste Frau an diesem Gericht, das zu dieser Zeit angesichts eines noch fehlenden Bundesarbeitsgerichts größere Bedeutung hatte und daher auch Entscheidungen in letzter Instanz traf.

Clara Klabunde fungierte als Beisitzerin im Disziplinarssenat für Richter und war Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts. Am 1. September 1966 wurde die ausgewiesene Arbeitsrechtsexpertin vom Senat zur Präsidentin des Landesarbeitsgerichts berufen. Sie war damit die erste Gerichtspräsidentin in der Bundesrepublik Deutschland, die einem Gericht im Range eines Oberlandesgerichts vorstand.

Clara Klabunde trat 1971 in den Ruhestand. 1978 schied sie nach 25jähriger Tätigkeit als Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts aus und legte damit ihr letzte öffentliches Amt nieder. Für ihre Verdienste wurde sie mit der Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes in Silber geehrt. Sie starb am 7. Juli 1994 in Hamburg.

Clara Klabunde geb. Genter
30.12.1906–7.7.1994
Rechtsanwältin, Richterin.



Kommando zur besonderen Verwendung (KzbV), Große Bleichen 23

Nach dem Vorbild Preußens beschloss der NS-Senat am **11. März 1933**, drei Tage nach der Senatswahl, die Aufstellung einer Hilfspolizei. Offiziell wurde die Maßnahme mit kommunistischen Ausschreitungen begründet und damit, dass die Polizeikräfte nicht überbeansprucht werden sollten. Es dürfte den neuen Machthabern aber vor allem darum gegangen sein, eine zuverlässige Truppe aufzustellen, die bereit war, mit brutaler Gewalt und ohne Beachtung geltender Gesetze gegen den politischen Gegner vorzugehen. Die Hamburger Hilfspolizei bestand zunächst aus 310 Mitgliedern, 155 aus der SA, 92 aus der SS und 63 vom „Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten“, alles Organisationen, die in Opposition zum politischen System der Weimarer Republik gestanden hatten. Diese Polizeitruppe wurde in erster Linie im Sicherungs-, Wach- und Patrouillendienst eingesetzt, so als Wachmannschaft in dem am **31. März 1933** in einer Torfverwertungsfabrik eingerichteten Konzentrationslager Wittmoor. Ein kleinerer Teil leistete ab dem **24. März 1933** Dienst in dem 36 Mann starken Kommando zur besonderen Verwendung (KzbV) unter Führung von Oberleutnant Franz Kosa, das in den **Großen Bleichen 23** untergebracht war.



Große Bleichen 23 heute

Mit dem KzbV, das für sein brutales Vorgehen bald berüchtigt war, dem Schutzhaftbefehl und dem KZ Wittmoor schufen die Nationalsozialisten die Voraussetzungen für die Installierung eines Terrorsystems, das zunächst außerhalb des bisherigen Justizapparates funktionierte.

Am 16. Juni 1933 löste das KzbV eine Versammlung der Hamburger SPD-Führung auf („Echo-Versammlung“). Die Teilnehmer wurden zunächst in das Hauptquartier in den Großen Bleichen gebracht. Hier und in den Kellerräumen des Stadthauses wurden die Sozialdemokraten schikaniert und misshandelt. Das rechtswidrige Vorgehen gegen die Sozialdemokraten wie die Missachtung der Immunität der Reichstags- und Bürgerschaftsabgeordneten fand mit Billigung der Hamburger NSDAP-Führung statt. So erschien Gauleiter Kaufmann persönlich und vernahm den Reichstagsabgeordneten *Gustav Dahrendorf*.

Nachdem sich die neuen Machthaber etabliert hatten und die Aktionen des KzbV bei den Vorgesetzten auf Missfallen gestoßen waren, wurde das Kommando Anfang Januar 1934 aufgelöst. Gestapo-Chef Streckenbach begründete die Auflösung unter anderem mit dem Hinweis auf „primitiv rücksichtslose Methoden“.



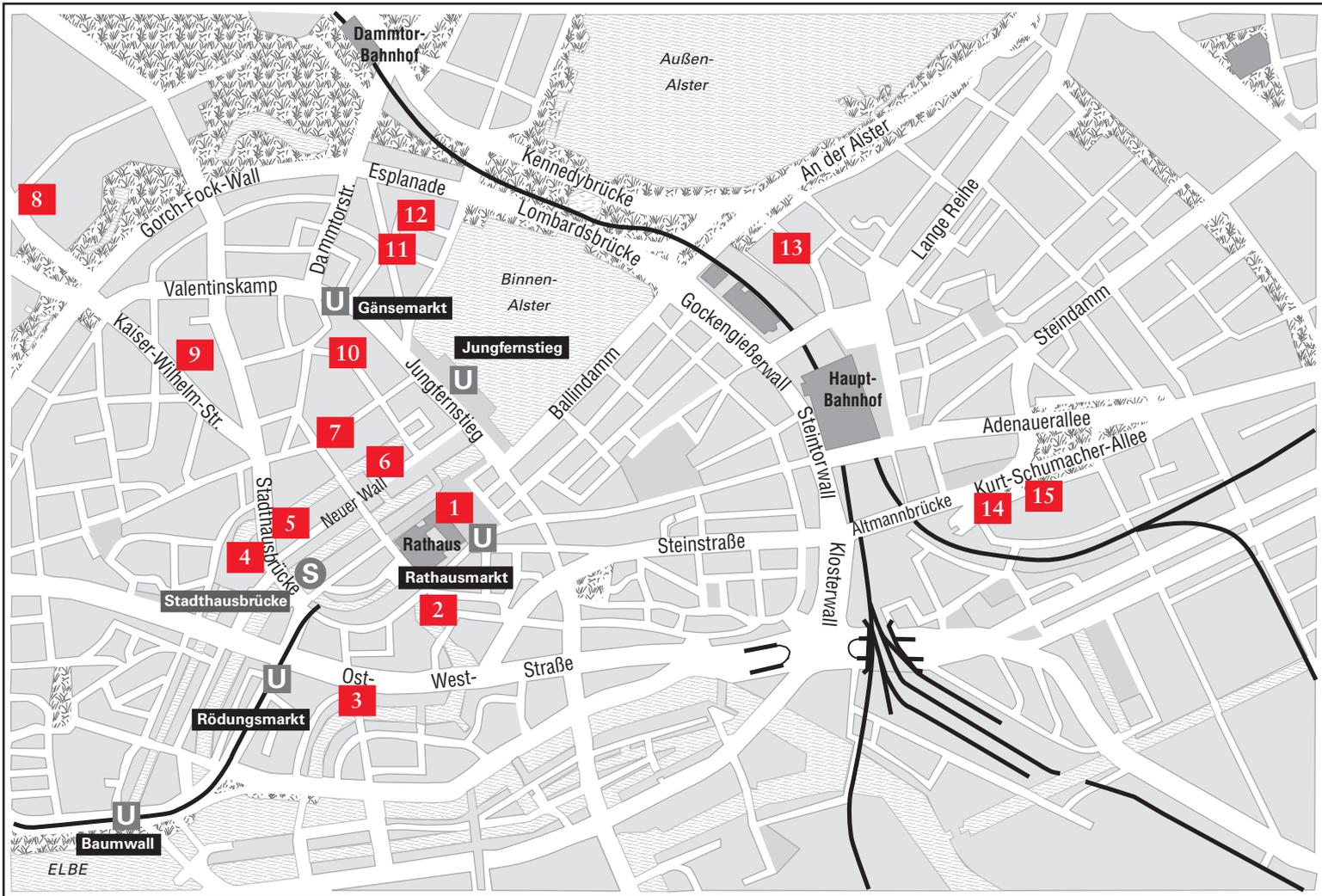
Hanseatisches Oberlandesgericht, Strafjustizgebäude, Sievekingplatz

Am Hanseatischen Oberlandesgericht und im Strafjustizgebäude am Sievekingplatz wurden während der NS-Zeit Tausende von Unrechtsurteilen gesprochen. Mit dem angrenzenden Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis und dem Gefängnis in der Straße Hütten (Hüttengefängnis) war dieses ein zentraler Ort, an dem die Nationalsozialisten ihre Schreckensherrschaft mit Hilfe einer willfährigen Justiz ausübten. Während vor dem Oberlandesgericht zahlreiche Prozesse gegen Kommunisten und Sozialdemokraten stattfanden, machte das beim Landgericht gebildete Hanseatische Sondergericht, das im Strafjustizgebäude tagte, durch über 200 Todesurteile von sich reden.



Der Sievekingplatz mit dem Hanseatischen Oberlandesgericht, dem Zivilgerichtsgebäude (links) und dem Strafjustizgebäude (rechts)

In Hamburg wurden in der Zeit von 1933 bis 1944 insgesamt 450 Männer und 25 Frauen hingerichtet. Die



- | | | | |
|---|---|---|---|
| 1 Rathaus | ▲ | 9 Kaiser-Wilhelm-Straße 20–26 (City-Hof) | △ |
| 2 Börsenbrücke 4 (heute Finnegan's Wake) | ▲ | 10 Poststraße 17–19 | ▲ |
| 3 Holzbrücke 2 | △ | 11 Große Theaterstraße 42–44 | △ |
| 4 Ellerntorsbrücke | △ | 12 Fehlandtstraße 11–19 | △ |
| 5 Stadthausbrücke | ▲ | 13 Holzdamm 59 | △ |
| 6 Neuer Wall 54 | △ | 14 Besenbinderhof 56–61 | ▲ |
| 7 Große Bleichen 23 | ▲ | 15 Besenbinderhof 52 | ▲ |
| 8 Sievekingplatz 2 | ▲ | | |

meisten Todesurteile wurden durch Enthauptung im Untersuchungsgefängnis vollstreckt. Auch das Untersuchungsgefängnis, das nach einem Erweiterungsbau zur Weimarer Zeit Platz für über Tausend Gefangene bot, war ein Ort der Misshandlung und Folter.

Am Untersuchungsgefängnis erinnern seit 1988 drei Tafeln an die dort 1943 hingerichteten Widerstandskämpferinnen *Françoise Bloch-Serazin* und *Suzanne Masson* sowie die vier Lübecker Geistlichen *Hermann Lange*, *Eduard Müller*, *Johannes Prassek* und *Karl Friedrich Stellbrink*. Seit 1997 erinnert das Mahnmal von Gloria Friedmann „Hier + Jetzt – den Opfern nationalsozialistischer Justiz“ auf dem Sievekingplatz an die Verbrechen. Das Mahnmal besteht aus einem grauen Beton-Quader mit der Inschrift „1933“ und einem farbigen Relief des heutigen Hamburgs. Ergänzt wird der Quader durch 90 Eisenstelen.



**Anwaltskanzlei von
Dr. Paul Nevermann,
Ulrich Thiede und
Joh. Birckholtz,**

Kaiser-Wilhelm-Straße 20-26
(City-Hof)

Anfang der 1930er Jahre zählte *Dr. Paul Nevermann* (geb. 5.2.1902) zu den vielversprechendsten Nachwuchspolitikern im preußischen Groß-Altona. Er hatte den Aufstieg vom Arbeitersohn zum Akademiker geschafft, war fest in der Arbeiterbewegung verankert, dazu redengewandt und kämpferisch.



Paul Nevermann,
ca. 1938

Paul Nevermann gehörte dem Altonaer SPD-Ortsvereinsvorstand, der Pressekommission des „Hamburger Echos“ und dem Reichsbanner an. Bereits 1932 kandidierte er – wenn auch auf einem aussichtslosen Listenplatz – für den Preußischen Landtag. Noch nach Hitlers Machtübernahme trat Paul Nevermann bei den bereits vom NS-Terror überschatteten schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen am **12. März 1933** an und wurde in die Altonaer Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Obwohl der Kampf um die Demokratie längst verloren war, ließ sich Paul Nevermann am **13. April 1933** zu einem von zwei der SPD zustehenden ehrenamtlichen Senatoren wählen. Unmittelbar nach der Wahl wurden die beiden SPD-Senatoren – bis zum endgültigen Verbot der Partei – beurlaubt.

Einer drohenden Entlassung aus dem Staatsdienst kam Paul Nevermann zuvor. Er machte sich als Rechtsanwalt in Hamburg selbstständig. Ein Jahr stand er unter Aufsicht der Polizei, bei der er sich täglich melden musste. Wie *Herbert Ruscheweyh*, *Wilhelm Drexelius* und *Clara Genter* verteidigte Paul Nevermann politisch Verfolgte. Paul Nevermann trat in mehreren politischen Prozessen vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht



Kaiser-Wilhelm-Straße in der Vorkriegszeit

als Verteidiger von Sozialdemokraten und Kommunisten auf. 1935 wurde ihm wegen seiner früheren Mitgliedschaft in der SPD und im Reichsbanner die Verteidigung in Hochverratsprozessen untersagt.

Nachdem die Anwaltskanzlei 1942 ausgebombt worden war, wurde Paul Nevermann auf der Stülckenwerft dienstverpflichtet. Seine Tätigkeit als geschäftsführendes Vorstandsmitglied für den Bauverein der Elbgemeinden, ein Amt, das er seit 1940 ausübte, konnte er beibehalten und damit das Einkommen aufbessern.

Nach dem Hitler-Attentat wurde Paul Nevermann im **August 1944** im Zuge der „Aktion Gewitter“ verhaftet. Er zählte zu den wenigen, die bereits nach 14 Tagen KZ-Haft entlassen wurden.

Nach 1945 gehörte Paul Nevermann als Sozialsenator (1945/46), als Bausenator (1946–1953 und 1957–1960), als Oppositionsführer (1953–1957), als Erster Bürgermeister (1961–1965) und als SPD-Landesvorsitzender (1966–1970) zu den bedeutendsten Politikern Hamburgs.

1984 wurde der Platz südlich des Altonaer Bahnhofs nach Paul Nevermann benannt.

Dr. Paul Nevermann, 5.2.1902 – 22.3.1979
Maschinenbauer, Rechtsanwalt, Senator, Bürgermeister.



Anwaltskanzlei von Dr. Herbert Ruscheweyh in der Königstraße 7/9, Australhaus

(heute Poststraße 17–19)

Herbert Ruscheweyh war am Ende der Weimarer Republik in Hamburg einer der profiliertesten SPD-Politiker, der weit über die Parteigrenzen hinaus Anerkennung fand und dem zunächst selbst die Nazis Respekt zollten.

Herbert Ruscheweyh wurde am **13. November 1892** als Sohn eines Hausmaklers in Hamburg-Hohenfelde geboren. Er wuchs in bürgerlichen Verhältnissen auf und besuchte nach der Volksschule ab 1902 das Matthias-Claudius-Gymnasium in Wandsbek. Nach der Reifeprüfung studierte er Rechtswissenschaften in Neuenburg (Neuchâtel), Schweiz, in München und in Kiel. Am Ersten Weltkrieg nahm er als Freiwilliger teil. 1918 wurde Ruscheweyh in Kiel promoviert. Nachdem er in Hamburg 1921 die Zweite juristische Staatsprüfung abgelegt hatte, machte er sich in der Hansestadt als Rechtsanwalt selbstständig. Gemeinsam mit dem DDP-Politiker Dr. Max Eichholz, der später wegen seiner jüdi-

schen Abstammung von den Nazis verfolgt und ermordet wurde, und Dr. E. Häckermann unterhielt Ruscheweyh in der heutigen **Poststraße 17–19** eine Sozietät.

Ruscheweyh, seit 1918 SPD-Mitglied, kandidierte 1928 erfolgreich für die Hamburgische Bürgerschaft und wurde nach den Neuwahlen am **4. November 1931** zum Präsidenten der Bürgerschaft gewählt. Er übernahm das Amt in einer schwierigen Zeit, die von einer zunehmenden politischen Radikalisierung gekennzeichnet war. Die



Das Australhaus, heute Teil des Hanseviertels, mit der changierenden Keramikverkleidung

bisherigen Regierungsparteien – SPD, Deutsche Staatspartei und DVP – hatten die Mehrheit verloren, ohne dass eine neue regierungsfähige Mehrheit zustande kam.

Herbert Ruscheweyh blieb bis Ende März 1933 im Amt. Ihm oblag die schwere Aufgabe, am **8. März 1933** den unter Führung der Nationalsozialisten gebildeten neuen Senat zu vereidigen. Es war zugleich die letzte demokratische Handlung in der Hansestadt. Die Nationalsozialisten scherten sich nicht um ihren Eid, der Verfassung die Treue zu halten und die Gesetze zu achten.



Herbert Ruscheweyh

Mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln forderte Ruscheweyh rechtsstaatliche Prinzipien ein und widersetzte sich der NS-Willkür. So verlangte er Anfang März 1933 vom Senat Aufklärung über die Verhaftung der KPD-Bürgerschaftsabgeordneten Ernst Thälmann und Etkar André. Da sich der neue NS-Bürgermeister Krogmann nicht zu den Vorgängen äußern wollte, berief Ruscheweyh als Vorsitzender am **15. März 1933** den Bürgerausschuss des Parlaments ein. Der Bürgerschaftspräsident informierte die Ausschussmitglieder über weitere Verhaftungen von KPD-Mitgliedern und über Hausdurchsuchungen bei SPD-Abgeordneten. Erfolglos setzte sich Ruscheweyh bis zum Schluss für die unter Bruch der parlamentarischen Immunität verhafteten Abgeordneten von SPD und KPD ein. Mit dem „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom **31. März 1933** endete seine Amtszeit.

Parallel zu seinen Bemühungen als Bürgerschaftspräsident kämpfte er als Rechtsanwalt gegen die staatliche Willkür. Dabei erwarb sich schnell einen Ruf als Verteidiger in politischen Prozessen. So verteidigte er 1933 **Dr. Julius Leber** vor dem Lübecker Schwurgericht. Auch der Redakteur und Lübecker Bürgerschaftsabgeordnete **Dr. Fritz Solmitz**, der am **18. September 1933** im KZ Fuhlsbüttel an den Folgen von Misshandlungen durch

die SS-Wachmannschaften verstarb, wurde von Ruscheweyh vertreten. Als die Hamburger SPD-Führung bei einem Treffen im Redaktionsgebäude des Hamburger Echos am **16. Juni 1933** verhaftet wurde, übernahm der ehemalige Bürgerschaftspräsident die anwaltliche Vertretung der 30 Inhaftierten. Noch reichte sein Einfluss aus, um von NS-Polizeisenator Richter am 27. Juni 1933 persönlich angehört zu werden. Es dürfte seinem Einsatz zu verdanken gewesen sein, dass die vier auf der Versammlung anwesenden Frauen noch am gleichen Tag entlassen wurden. Bis Ende November 1933 konnte er schließlich erreichen, dass das Verfahren eingestellt wurde. Mit dem SPD-Landesvorsitzenden **Karl Meitmann** war zuvor auch der letzte Inhaftierte frei gekommen. Darüber hinaus konnte Ruscheweyh dem für die Fürsorgebehörde zuständigen NS-Senator von Allwörden im Juli 1933 das Zugeständnis abringen, ein Konto zur Unterstützung von sozialdemokratischen Schutzhäftlingen einrichten zu dürfen.



Karl Meitmann

Obwohl Ruscheweyh auf Betreiben der Gestapo ab 1934 nicht mehr in Hoch- und Landesverratsprozessen als Verteidiger vor dem Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts auftreten durfte, war er der Anwalt, bei dem in Hamburg politisch verfolgte Sozialdemokraten meistens Rat suchten.

Um seinen Beruf ausüben zu können, musste Ruscheweyh Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes werden. Aus welchen Gründen er der NS-Volkswohlfahrt beitrug, ist nicht bekannt. Seine Integrität wurde davon nicht beeinträchtigt. Als **Gustav Dahrendorf** im Zuge der Vorbereitung des Attentats vom 20. Juli örtliche Vertrauensleute über den geplanten Staatsstreich unterrichtete, wandte er sich neben **Adolph Schönfelder** auch an Herbert Ruscheweyh.

Nach dem Hitler-Attentat gehörte auch Ruscheweyh zu den früheren SPD-Funktionären, die im Rahmen der großangelegten Aktion „Gewitter“ verhaftet wurden.

Vom 22. August bis zum 18. September 1944 wurde er im KZ Fuhlsbüttel gefangengehalten.

Unmittelbar nach der Befreiung Hamburgs beteiligte sich Ruscheweyh am demokratischen Aufbau. Wie selbstverständlich liefen bei ihm die Fäden zusammen. Bereits am 5. Mai 1945 telefonierte Paul Nevermann mit Herbert Ruscheweyh, um über die ersten Maßnahmen der Militärregierung zu diskutieren. In das politische Tagesgeschäft griff Ruscheweyh aber kaum noch ein. Allerdings eröffnete er als ehemaliger demokratisch gewählter Bürgerschaftspräsident am 27. Februar 1946 die von der britischen Militärregierung ernannte Bürgerschaft. Obwohl er dem Parlament nicht angehörte, wird er heute als der erste Bürgerschaftspräsident nach dem Krieg geführt.

Ruscheweyh übernahm nach 1945 zahlreiche Ämter. So leitete er von 1946 bis 1948 und von 1951 bis 1960 das Hanseatische Oberlandesgericht, das Gericht, das während der NS-Zeit Hunderte von Menschen aus politischen Gründen verurteilte. Er wirkte an der Hamburgischen Verfassung von 1952 mit und wurde erster Präsident des Hamburgischen Verfassungsgerichts. Ruscheweyhs Ruf als anerkannter Jurist reichte weit über Hamburgs Grenzen hinaus.

Er starb am 11. März 1965 in Hamburg.

Im Bezirk Wandsbek wurde 1975 eine Straße nach ihm benannt.

Dr. Herbert Ruscheweyh

13.11.1892-11.3.1965

Rechtsanwalt, Bürgerschaftspräsident, Richter.



SPD-Parteihaus, Große Theaterstraße 42–44

Die SPD zählte 1932 in Hamburg 57.000 Mitglieder. Die Stadt selbst hatte zu diesem Zeitpunkt – noch ohne die später eingemeindeten preußischen Städte Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg – etwa 1,2 Millionen Einwohner. Die Parteizentrale der SPD befand sich in der **Großen Theaterstraße 42–44**. Da es hier an größeren Räumlichkeiten fehlte, wurden zahlreiche Veranstaltungen im Gewerkschaftshaus durchgeführt.

1929 wurde *Karl Meitmann* zum Vorsitzenden der SPD-Landesorganisation Hamburg gewählt. 1931 kandidierte er erfolgreich für die Bürgerschaft. In diesen Funktionen wurde er frühzeitig ein besonderes Ziel nationalsozialistischer Verfolgung. So inhaftierten die Nationalsozialisten Meitmann unter Bruch der Immunität zusammen mit dem Reichstagsabgeordneten *Gustav Dahrendorf* am 24. März

1933 und ließen beide erst nach drei Tagen wieder frei. Zeitgleich mit der Besetzung der Gewerkschaftshäuser erfolgte am 2. Mai 1933 seine zweite Verhaftung, die bis zum 15. Mai 1933 andauerte.

Die Erwartung weiterer Übergriffe veranlasste die Parteiführung zu Vorsichtsmaßnahmen. Da die Aufbewahrung von Parteiunterlagen sowohl in den Räumen der Partei als auch in Meitmanns eigenem Haus zu gefährlich war, verbrannte der SPD-Vorsitzende in seiner Waschküche am Maienweg zahlreiche Dokumente, darunter einmalige



Das Parteihaus mit den Fahnen der Eisernen Front

Originale aus der Parteigeschichte von unersetzlichem Wert. Auch die Besetzung des Parteibüros und die Beschlagnahmung des Parteivermögens wurden befürchtet. Der als Kassierer für die Partei hauptamtlich tätige **Claus Umland** setzte sich aus Furcht vor einer Verhaftung am **8. Mai 1933** nach Landskron im Sudetenland ab. Tatsächlich erschien die Gestapo am 10. Mai in seiner Wohnung und wollte ihn verhaften. Claus Umland kehrte am **25. Juni 1933** nach Deutschland zurück. Er hatte vorsorglich einen Großteil der Geldreserven mobilisiert, so dass den Nationalsozialisten von den Bankguthaben in Höhe von 59.000 Reichsmark nur 17.000 in die Hände fielen. Zuvor waren den Parteisekretären und -angestellten drei Monatsgehälter ausgezahlt worden. Über die Hälfte des Geldes wurde treuhänderisch einem Rechtsanwalt übergeben, der damit seine und die Unkosten anderer für die Verteidigung von Sozialdemokraten decken sollte. Mehrere Distriktvorsitzende erhielten Geld für eine Existenzgründung. Der Rest wurde an Verfolgte und deren Familienangehörige verteilt.

Als am **10. Mai 1933** die erwartete Besetzung des Parteibüros und die Beschlagnahmung des Parteivermögens erfolgte, waren Geld und Parteidokumente in Sicherheit gebracht. Verabredungsgemäß befand sich die Parteiangestellte **Irma Schweder** (später **Keilhack**) allein im Parteibüro. Als die Hamburger SPD-Führung am **15. und 16. Juni 1933** noch einmal zusammen kam, wurden die Teilnehmer der sogenannten „Echo-Versammlung“ verhaftet. Am **22. Juni 1933** erfolgte das Verbot der SPD.

Schon unmittelbar nach der Kapitulation im Mai 1945 organisierten sich in allen Stadtteilen Sozialdemokraten, um die Partei wieder aufzubauen. Obwohl die offizielle Zulassung der SPD durch die britische Militärregierung erst am 21. November 1945 erfolgte, hatte der vorläufige Landesvorstand unter Leitung von Karl Meitmann bereits am 1. September 1945 mit der Registrierung der Mitglieder begonnen. Erneut bezog die Partei Räume in der **Großen Theaterstraße**, ohne allerdings wieder in den vollständigen Besitz der Gebäude zu gelangen. 1957 wurde die Parteizentrale in das neu erichtete Kurt-Schumacher-Haus (kurz Kuschu) in der Kurt-Schumacher-Alle 10 verlegt.



Hamburger Echo, Fehlandtstraße 11 – 19

Die eigenen Presseerzeugnisse waren das wichtigste Kommunikationsmittel der Arbeiterbewegung. Schon vor der Reichsgründung und erst recht nach 1918 wurden zahlreiche Zeitungen gegründet, die über Aktivitäten und Forderungen der Arbeiterorganisationen berichteten und Missstände aufdeckten. Die Zeitung der Hamburger Sozialdemokraten wurde 1875 als „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ gegründet. Unter dem Sozialistengesetz wurde das SPD-Parteiorgan mehrmals verboten, so dass es jeweils unter einem neuen Namen erscheinen musste: 1878 „Gerichtszeitung“, 1881 „Bürgerzeitung“, 1887 „Hamburger Echo“. In der Weimarer Zeit gehörten **Theodor Haubach** und **Gustav Dahrendorf** zu den bekanntesten Redakteuren des Hamburger Echos, das seine Redaktionsgebäude in der **Fehlandtstraße 11–19** hatte.



Reichstagsabgeordneter
und Echo-Redakteur
Gustav Dahrendorf

Im Kampf gegen Hitler und die NSDAP hatte die sozialdemokratische Presse vor 1933 eine wichtige Rolle gespielt. Nach dem Machtübernahme gehörte die Einschränkung der Pressefreiheit zu den vordringlichen Zielen der Nationalsozialisten. Der Reichstagsbrand am **28. Februar 1933** diente als Vorwand zur Aufhebung der Pressefreiheit. Nach einem kritischen Bericht über die offiziellen Verlautbarungen zu den Hintergründen des Brandanschlags verlangte die Reichsregierung vom Hamburger Senat das Verbot des Hamburger Echos. Wohl wissend, dieser Forderung nicht widerstehen zu können, traten die SPD-Senatoren am **3. März 1933** zurück. An diesem Tag erschien die

letzte Ausgabe des Echo. Von der Beschlagnahme des Parteivermögens durch die Nationalsozialisten am **10. Mai 1933** waren auch die parteieigenen Druckereien und Zeitungen betroffen.

Nach dem Krieg wurde das Hamburger Echo neu gegründet. Mit der Zulassung der Zeitungen durch die britische Militärregierung erschien die erste Nummer des Echo am 3. April 1946. Zwanzig Jahre später musste die Zeitung ihr Erscheinen einstellen.

Die „Echo-Versammlung“ in der Fehlandtstraße

Das Herzstück der Hamburger Sozialdemokratie lag mit dem Parteihaus in der **Großen Theaterstraße** und dem Redaktionsgebäude des Hamburger Echos in der Fehlandtstraße in der Neustadt. Beide Häuser grenzten rückwärtig aneinander und waren miteinander verbunden.

Die Parteigelder waren beschlagnahmt, jegliche politischen Aktivitäten untersagt. Die Berliner Parteispitze hatte in Prag bereits einen Exilvorstand gebildet. als die Hamburger SPD-Führung am **15. und 16. Juni 1933** im Redaktionsgebäude des Hamburger Echo zusammenkam. Ausgangspunkt bildete ein Angebot von NS-Gauleiter Kaufmann, das Echo unter nationalsozialistischer Führung wieder erscheinen zu lassen. Dafür sollte der Reichstagsabgeordnete und Echo-Redakteur **Gustav Dahrendorf** gewonnen werden. Dahrendorf ließ Kaufmann wissen, dass ein solches Angebot in einem größeren Kreis diskutiert werden müsse und erhielt dazu die Genehmigung. Die Hamburger SPD-Führung nutzte die Gelegenheit, um zum letzten Mal in einem größeren Kreis die politische Lage zu diskutieren. Nachdem am 15. Juni bis Mitternacht beraten worden war, vertagte sich die Versammlung auf den nächsten Tag.

Am 16. Juni waren neben den beiden Hamburger SPD-Reichstagsabgeordneten **Dr. Hans Staudinger** und **Gustav Dahrendorf**, die Bürgerschaftsmitglieder **Adolph Schönfelder**, **Heinrich Eisenbarth**, **Karl Meitmann**, **Hans Podeyn**, **Grete Zabe** und **Willi Schmedemann** an-



Irma Keilhack

kann als Beleg dafür gewertet werden, dass die SPD immer noch über eine funktionierende Organisationsstruktur verfügte.

Die Versammlung wurde von Adolph Schönfelder geleitet. Aus den Notizen, die bei den Teilnehmern später sicher gestellt wurden, zog die Polizei den Schluss, dass eine eingehende Debatte über das Für und Wider der Bildung des Prager Exilvorstands stattgefunden hatte. Von Karl Meitmann war ein vierseitiges Papier zur Diskussion gestellt worden, das er zusammen mit seinem Freund, Professor Dr. Paul Herberg in Jena, entworfen hatte. Die allein für die Hamburger Vorstandsmitglieder verfasste „Situations-Analyse“ war in Berlin noch einmal mit Staudinger durchgesprochen worden. Der in der Hauptstadt verbliebene Teil des SPD-Vorstands war jedoch nicht beteiligt. Hans Staudinger bezeichnete das Papier rückblickend als Aktionsprogramm.

Um 22.30 Uhr drangen Polizei und SA in das Redaktionsgebäude ein und verhafteten 30 Anwesende. **Dr. Alfred Mette** konnte sich verstecken, **Walter Schmedemann** hatte die Sitzung vorzeitig verlassen, so dass insgesamt 32 Personen an der Versammlung teilgenommen hatten. Die Polizei beschlagnahmte zahlreiche Exemplare des Diskussionspapiers, von dem nach Angaben von Meitmann 40 bis 50 im Hektografierverfahren hergestellt worden waren. Die 26 Männer und vier Frauen wurden in die Kellerräume des Stadthauses (Polizeipräsidium) gebracht. Bei den anschließenden Verhören wurden insbesondere die Männer schikaniert und misshandelt.

Der renommierte Rechtsanwalt *Dr. Herbert Ruscheweyh*, ehemaliger Bürgerschaftspräsident, übernahm die Vertretung der Sozialdemokraten. Am **27. Juni 1933** wurde er bei dem NS-Polizeisenator persönlich in der Angelegenheit vorstellig. Dabei gelang es ihm offensichtlich, die Freilassung von *Paula Karpinski*, *Irma Schweder* (später *Keilhack*), *Hedwig Günther* und *Grete Zabe* zu erreichen. Alle vier wurden jedenfalls noch am gleichen Tag aus der Haft entlassen. An die übrigen Versammlungsteilnehmer richtete Ruscheweyh den dringenden Appell, dass derjenige, der das Papier mitgebracht hatte, sich melden möge. Karl Meitmann schwang jedoch, weil er Maßnahmen gegen die jüdische Ehefrau von Hans Staudinger fürchtete, auf deren Schreibmaschine der Text geschrieben worden war. Dennoch kam nach Ruscheweyhs Angaben am **7. Juli** Bewegung in die Angelegenheit. Der als Autor verdächtige Hermsberg gab das Papier als Seminarvortrag über modernen Sozialismus aus. Tatsächlich wurden in der zweiten Juli-Hälfte die meisten Teilnehmer aus der Haft entlassen. Gustav Dahrendorf blieb bis Anfang August im Gefängnis. Karl Meitmann wurde bis Ende Oktober inhaftiert und als letzter frei gelassen. Er war besonders verdächtig, weil ein aufgefundenes Exemplar mit Randnotizen seine Handschrift trug. Als Ergebnis der Besprechung mit dem Generalstaatsanwalt am **29. November 1933** konnte Ruscheweyh seinem Klienten dann mitteilen, dass die Angelegenheit nicht weiter verfolgt und die Ermittlungen eingestellt würden.

Auf Reichsebene hatten die Vorgänge im **Juni 1933** weitreichende Folgen. In seinem Bericht an den Reichsinnenminister vermutete NS-Polizeisenator Richter als Urheber den in Berlin verbliebenen Teil des Parteivorstands, insbesondere Paul Löbe. Staudinger und Dahrendorf wurden verdächtigt, das Papier mitgebracht zu haben. Dass sich Staudinger zunächst als Urheber ausgab, interpretierte Richter als Schutzbehauptung, um Maßnahmen gegen die Gesamtpartei abzuwenden. Den neuen Machthabern in Berlin diente die Hamburger Versammlung jedenfalls als weiterer Vorwand, um die SPD am **22. Juni 1933** endgültig zu verbieten.



Reichsbanner, Holzdamms 59

Als Reaktion auf die republikfeindlichen Aktivitäten linker wie rechter Parteien und Verbände wurde auf Initiative der SPD am **22. Februar 1924** in Magdeburg das überparteiliche „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer“ zur Verteidigung der Weimarer Republik gegründet. Mit Unterstützung des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) entwickelte sich das Reichsbanner mit über drei Millionen Mitgliedern zu einer der größten Massenorganisationen der Republik.

Bald nach der Hamburger Gründungsversammlung am **27. Juni 1924** in der Ernst-Merck-Halle wurden die verschiedenen Wehr- und Schutzverbände zu einer republiktreuen Wehrorganisation zusammengefasst. In der Hansestadt beteiligten sich die sozialdemokratische Vereinigung Republik, der Republikanische Ring der DDP und der Bund jüdischer Frontsoldaten. Insgesamt war das Reichsbanner jedoch eine von Sozialdemokraten dominierte Organisation, die etwa 90 Prozent der Mitglieder stellten.



Mitglieder des Reichsbanners im Holzdamms

Die Wahlerfolge der NSDAP und das Auftreten der SA, die vor Saal- und Straßenschlachten nicht zurückschrecken, waren der Anlass für die Aufstellung von Schutzformationen, den Schufos. In der politisch radikalisierten Endphase der Weimarer Republik kam es auch zu Zusammenstößen mit den Kommunisten. Die vorwiegend aus jüngeren Männern bestehenden Schufos wurden durch militärische Ausbildungen auf ihren Einsatz vorbereitet. In Hamburg gab es 24 Schufos mit je 150 Mann. Als im Oktober 1931 die rechten Republikgegner mit der NSDAP die „Harzburger Front“ gründeten, reagierten Reichsbanner, SPD, Gewerkschaften und Arbeitersportler mit einem Zusammenschluss zur „Eisernen Front“.



Heinrich Steinfeldt

In Hamburg zählten ranghohe Polizeibeamte wie der Polizeileutnant **Otto Grot**, Leiter der Schufo 11 (Barmbek), zu den Führungskräften des Reichsbanners. Die Zentrale für den Gau Hamburg-Bremen-Nordhannover befand sich in der Hansestadt am **Holzdammer Weg 59**. Als erster Vorsitzender fungierte von 1930 bis 1933 der Sozialdemokrat **Heinrich Steinfeldt**, Vorsitzender der Zimmerergewerkschaft in Hamburg

und Mitglied der Bürgerschaft. Auch der SPD-Vorsitzende **Karl Meitmann** und der SPD-Fraktionsvorsitzende **Hans Podeyn** gehörten dem Reichsbannervorstand an. Angesichts der Machtverhältnisse erging von der Führung weder 1932 bei der Absetzung der preußischen Regierung noch bei der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ein Einsatzbefehl zur Rettung der Republik – das war für viele Reichsbannermitglieder eine bittere Enttäuschung.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten beschloss der Gauvorstand konsequenterweise am **22. März 1933** die Auflösung des Reichsbanners. Im Sommer 1933 kam es im Tangstedter Forst zu einem Treffen zwischen **Theodor Haubach**, der zur Reichslei-



Die Schufo 11 im Jahre 1932

tung des Reichsbanners gehörte, und **Otto Grot**, um über die Fortsetzung der Arbeit in der Illegalität zu beraten. Haubachs Verhaftung verhinderte weitere Aktivitäten. Zahlreiche Reichsbannerleute beteiligten sich hingegen in sozialdemokratischen Widerstandsgruppen.

Ein Teil der Schufo 11-Mitglieder bildete einen eigenen Widerstandskreis, der bis Anfang 1937 die illegale Arbeit der SPD unterstützte. In vier Prozessen wurden



Die Schufo 11 mit Otto Grot (rechts stehend)

etwa 40 Angehörige der Schufo 11 angeklagt. Dass die Widerstandsarbeit im Rahmen der früheren Schufo-Organisation stattgefunden hatte, blieb der Gestapo verborgen. Zwei Mitglieder der Schufo 11 verloren im Kampf gegen die NS-Diktatur ihr Leben: **Karl Rütther** wurde 1937 im KZ Fuhlsbüttel zu Tode geprügelt, **Paul**

Bunge starb nach 5 Jahren Zuchthaus 1942 an den Folgen der Haft.

Die Reichsbannerfahnen der Schufo 11 und Schufo 17 konnten über die NS-Zeit gerettet werden und befinden sich heute im Museum für Hamburgische Geschichte.



Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 56 bis 61

Als „geistige Waffenschmiede“ bezeichnete der SPD-Vorsitzende *August Bebel* das Hamburger Gewerkschaftshaus bei der Einweihung am **29. Dezember 1906**. Der an zentraler Stelle in der Nähe des Hauptbahnhofes errichtete Gebäudekomplex wurde nach ei-



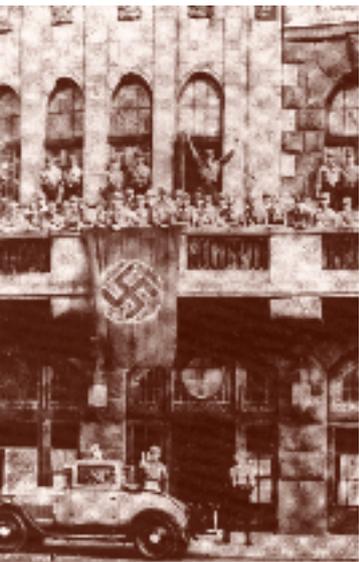
Das Gewerkschaftshaus in Hamburg (1907–1912)

nem bereits in anderen deutschen Städten erfolgreich durchgeführten Konzept gebaut, das die Zusammenlegung von Büroräumen sowie Saal-, Restaurant- und Herbergsbetrieb vorsah. Schon 1909 wurden zusätzliche Büroräume fertiggestellt, 1912/13 erfuhr das Gewerkschaftshaus noch einmal eine wesentliche Erweiterung. Danach war der Gebäudekomplex **Besenbinderhof** das damals größte Gewerkschaftshaus in Deutschland.

Wiederholt stand das Gewerkschaftshaus bei politischen Umbrüchen im Zentrum. Hier fasste am **5. November 1918** eine öffentliche Versammlung den Be-

schluss, die Kieler Matrosen durch einen Streik zu unterstützen, der am darauf folgenden Tag zur Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates in Hamburg führte. Während des Kapp-Putsches 1920, der sich gegen die von der SPD, der DDP und dem Zentrum getragene Regierung richtete, kamen die Repräsentanten der demokratischen Organisationen wiederholt zu Besprechungen am Besenbinderhof zusammen.

Nach den Reichstagswahlen Anfang März 1933, als auch in Hamburg ein von Nationalsozialisten geführter Senat die Regierung übernahm, folgte die örtliche Gewerkschaftsführung dem Kurs der Reichsleitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) in der Hoffnung, durch Loyalität gegenüber den neuen Machthabern die Gewerkschaftsarbeit fortführen zu können. So wurde auch in Hamburg der Aufruf des ADGB-Bundesvorstands verbreitet, sich an der Maifeier des NS-Staates zu beteiligen.



Die Besetzung des Gewerkschaftshauses am 2. Mai 1933 durch die SA.

Doch schon am 2. Mai 1933 erfolgte reichsweit die gewaltsame Besetzung der Gewerkschaftshäuser. Das Hamburger Gewerkschaftshaus wurde von der NS-Organisation „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) übernommen. Ein Teil der Hamburger Gewerkschaftsfunktionäre hoffte allerdings immer noch auf Mitwirkungsmöglichkeiten. So traten im Mai 1933 sechs Gewerkschafter aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion aus und gingen als „Gewerkschaftsgruppe“ ein Hospitantenverhältnis zur NSDAP ein. Am 10. Juli 1933 wurde jedoch auch diesen Abgeordneten die Bürgerschaftsmandate entzogen.

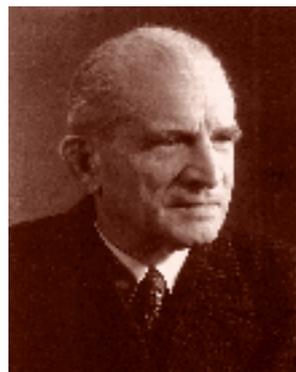
Zahlreiche Gewerkschafter nahmen am organisierten Widerstand der sozialistischen Parteien teil, darunter drei der insgesamt sechs Hospitanten. Daneben existierte eine eigenständige illegale Gewerkschaftsarbeit. Zu ihren



Die Schwarz-Rot-Goldene Fahne (Fahne der Republik) wird 1933 von der SA vor dem Gewerkschaftshaus verbrannt

führenden Vertretern gehörte *Adolph Kummernuss*, der bis 1933 dem Bezirksvorstand der Hamburger Hafnarbeitergewerkschaft angehört hatte und Verbindung zur Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) in Amsterdam unterhielt. Er war einer der Organisatoren einer illegalen Versammlung, die im Herbst 1934 in Hamburg in Anwesenheit des Leiters des ITF-Büros stattfand. Im April 1935 nahm Kummernuss an einer Geheimkonferenz im dänischen Roskilde teil, zu der

31 im Widerstand aktive Gewerkschafter aus ganz Deutschland anreisten. Bis Ende 1945 hatte das Komitee der ehemaligen politischen Gefangenen über 300 Männer und Frauen registriert, die während der NS-Zeit wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten in Hamburg inhaftiert worden waren.



Adolph Schönfelder

Das im Krieg schwer zerstörte Gewerkschaftshaus war unmittelbar nach der Kapitulation der erste Treffpunkt von Vertretern der Arbeiterbewegung. Schon am 11. Mai 1945 fand hier die Gründungssitzung der „Sozialistischen Freien Gewerkschaft“ (SFG) statt, an deren Gründung *Hellmut Kalbitzer* (ehemals ISK) wesentlichen Anteil hatte. An der Versammlung

unter Vorsitz des Sozialdemokraten und früheren Senators *Adolph Schönfelder* nahmen etwa 40 Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten teil. Innerhalb weniger Wochen lagen 50.000 Aufnahmeanträge für die Gewerkschaft vor. Mit dem Verbot der politischen Betätigung erzwang die britische Militärre-

gierung am 20. Juni 1945 die Auflösung der SFG. Anschließend konnten unpolitische Gewerkschaften nach Richtlinien der Besatzungsmacht aufgebaut werden.

Das Gewerkschaftshaus stand bis zum Frühjahr 1949 unter britischer Militärverwaltung. Im Sommer 1945 konnte die Gewerkschaftsführung erreichen, dass zumindest ein Teil des Gebäudes am Besenbinderhof zurückgegeben wurde. Im Rahmen der feierlichen Übergabe am 14. September 1945 schlug der Vorsitzende der Hamburger Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden, **Paul Bebert**, die Symbole der Deutschen Arbeitsfront von der Fassade.

Am Eingang Besenbinderhof 60 erinnert seit 2003 eine Gedenktafel an die Besetzung des Gewerkschaftshauses und an die Verfolgung von Gewerkschaftern.



GEG- und ZdK-Zentrale, Besenbinderhof 52

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts griffen Vertreter der Arbeiterbewegung die Genossenschaftsidee (Zusammenschlüsse, welche die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlicher Geschäftsbetriebe bezwecken) auf, um insbesondere die Lebensmittel- und Wohnraumversorgung der Arbeiter zu verbessern. 1899 wurde auf Beschluss der Hamburger Gewerkschaften die Genossenschaft „Konsum-, Bau- und Sparverein ‚Produktion‘“ – kurz „Pro“ genannt – gegründet. Innerhalb der Genossenschaftsbewegung fanden sich Konsumvereine der Arbeiterbewegung unter der 1894 gegründeten Großeinkaufsgesellschaft deutscher



Verwaltungsgebäude der GEG
und des ZdK

Consumvereine (GEG) zusammen. 1929 erzielte die GEG einen Umsatz von 501 Millionen Reichsmark. Als im Jahre 1902 der bürgerlich-konservative Allgemeine Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, der SPD nahestehende Genossenschaften

ausschloss, gründete die so genannte „Hamburger Richtung“ mit dem **Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK)** einen eigenen Dachverband. Auf seinem Höhepunkt 1922 hatte dieser 1350 Mitgliedsgenossenschaften, die einen Umsatz von 1,24 Milliarden Reichsmark erwirtschafteten. Die Genossenschaften waren damit zu einem bedeutenden Wirtschafts- und Machtfaktor geworden. Sie wurden deshalb auch als „dritte Säule“ der Arbeiterbewegung bezeichnet.

GEG und ZdK hatten Ihren Sitz von Anbeginn in Hamburg. 1907 bezogen beide Organisationen ihre neue Zentrale in einem Gebäude am **Besenbinderhof 52**, unmittelbar neben dem Gewerkschaftshaus.

Schon früh kam es Übergriffen gegen die Konsumgenossenschaften durch Nationalsozialisten. Diese fanden bei notleidenden Einzelhändlern ein Rekrutierungsfeld und gründeten die „Kampfgemeinschaft des gewerblichen Mittelstandes gegen Warenhaus und Konsumverein“.

Nach der Machtübernahme besetzte die SA am **2. Mai 1933** das Verwaltungsgebäude des ZdK in Hamburg. Am **5. Mai** übernahm der Hamburger Gauinspektor der NSDAP Erich Grahl mit absoluten Vollmachten die Führung der GEG. Der ZdK wurde aufgelöst und die GEG mit der Kölner Gepag zwangsverschmolzen. Die Pro wurde 1936 umbenannt und hörte damit auf zu existieren. Nach der Befreiung durch die Alliierten 1945 traten die Pro, die GEG und der ZdK wieder unter ihren alten Namen auf.

Vor einer Auflösung von Konsumgenossenschaften schreckten die Nationalsozialisten zwar zurück, doch wurden die Führungspositionen mit NSDAP-Mitgliedern besetzt und systematisch Maßnahmen gegen das Genossenschaftswesen ergriffen. So das Gesetz über Preisnachlässe (Rabattgesetz) vom **25. November 1933**, das die Rückvergütung auf einen Maximalsatz von **3 %** vom Umsatz festsetzte. Schließlich ließen die Nationalsozialisten verkünden, dass die Spareinlagen der Mitglieder bei ihren Genossenschaften nicht sicher seien, was zu einem erheblichen Abzug von Sparguthaben führte und bei manchen Genossenschaften Zahlungsschwierigkeiten auslöste.

Zahlreiche Mitarbeiter der Konsumgenossenschaften wurden wegen ihrer politischen Einstellung von den Nazis schikaniert, drangsaliert und entlassen. Der Be-



Werbeplakat für die Genossenschaftsbewegung

triebsratsvorsitzende der GEG-Druckerei in Hamburg, **Joseph Purrucker**, stürzte sich im April 1933 aus dem vierten Stock des Druckereigebäudes, als die Gestapo ihn verhaften wollte.



Adam Remmele

Nach zehn Monaten Haft wurde er entlassen. Anschließend schlug er sich mit einem Versandgeschäft für Kaffee, Tee und Kakao durch.



Max Mendel

Zu den prominentesten Opfer gehörten **Adam Remmele** und **Max Mendel**. Remmele, der seit 1932 als Vorstandsmitglied des ZdK amtierte, wurde am **4. Mai 1933** verhaftet. Er hatte bis zu seinem Umzug nach Hamburg als Staatspräsident, Minister und Reichstagsabgeordneter zu den führenden SPD-Politikern in Baden gezählt und wurde nun nach Karlsruhe gebracht, um dort mit früheren Parteifreunden inhaftiert zu werden.

Max Mendel gehörte von 1909 bis 1928 dem Vorstand der Pro an, seit 1921 übte er den Vorsitz aus. Ab 1913 saß er im Aufsichtsrat der GEG. Von 1925 bis 1929 war der Sozialdemokrat Mitglied des Hamburger Senats. Als kranker Mann wurde er aufgrund seiner jüdischen Herkunft am **19. Juli 1942** von den Nationalsozialisten ins KZ Theresienstadt deportiert. Dort starb er am **10. August 1942**.



Am 14. September 1945 schlägt
Paul Bebert das Hakenkreuz
am Gewerkschaftshaus ab.